

Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 06.09.2011

Klosterkammer braucht moderne Stiftungsstrukturen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest:

Die von der Klosterkammer Hannover verwalteten vier selbstständigen historisch gewachsenen Sondervermögen, der Allgemeine Hannoversche Klosterfonds (AHK), der Domstrukturfonds Verden, das Stift Ilfeld in Thüringen und der Hospitalfonds St. Benedikti Lüneburg, sind öffentlich-rechtliche Stiftungen.

Im Zuge der Diskussion über die Vergabe und Gestaltung von Erbbaurechten ist die Klosterkammer in die Kritik der Öffentlichkeit geraten. Intransparente Strukturen und die Unfähigkeit zu einer demokratisch gebotenen Rechenschaftslegung haben einen dringenden Handlungsbedarf aufgezeigt.

Diese Situation ist mit der Aufgabenstellung sowie mit der historischen und der aktuellen Bedeutung der von der Klosterkammer verwalteten Stiftungen nicht in Einklang zu bringen. Es ist zu befürchten, dass die bestehenden Ansprüche einer modernen Gesellschaft mit den vorhandenen organisatorischen und personellen Strukturen nicht erfüllt werden können. Es fehlt eine den aktuellen Erfordernissen entsprechende Ausrichtung der Klosterkammer als stiftungsverwaltende Stelle.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, die Organisationsstruktur der Verwaltung der genannten Stiftungen den heutigen Standards anzupassen, um sie zukunftsfähig zu machen. Folgendes ist dazu notwendig:

- Die üblichen Stiftungsorgane wie Stiftungsvorstand und Stiftungsrat sind einzurichten.
- Regelungen für die Stiftungsverwaltung durch die Geschäftsführung sind verpflichtend vorzusehen.
- Transparente Vergabestrukturen durch Stiftungssatzungen, Richtlinien für Vergabe und Vermögensbewirtschaftung und Förderrichtlinien sind zu schaffen und zu veröffentlichen.
- Es ist ein Präsident oder eine Präsidentin als Geschäftsführung im 5-Jahresrhythmus zu bestellen.

Begründung

Die kritische Diskussion über die Vergabe und Gestaltung von Erbbaurechten durch die Klosterkammer hat gezeigt, dass die Klosterkammer ein modernes und an den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts orientiertes Arbeitsverständnis und die dazu gehörenden Strukturen braucht. Wie der HAZ vom 21.05.2011 zu entnehmen war, ließ auch Wissenschaftsministerin Johanna Wanka bei der Verabschiedung von Klosterkammerpräsidentin Sigrid Meier-Knapp-Herbst durchblicken, dass sie eine grundlegende Modernisierung der Kammer für notwendig hält, damit die Klosterkammer im 21. Jahrhundert ankommt.

Dies entspricht auch der Gestaltung anderer niedersächsischer Stiftungen. Die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz, die Volkswagen-Stiftung, die Stiftung Niedersachsen, die Niedersächsische Lotto-Sport-Stiftung oder die Niedersächsische Bingostiftung für Umwelt und Entwicklungszu-

sammenarbeit besitzen im Vergleich zur Klosterkammer demokratische und moderne Stiftungsstrukturen, die transparente Vergabestrukturen ermöglichen. Dazu gehören Stiftungssatzungen, Vergaberichtlinien, Jahresberichte und Stiftungsorgane.

In diesem Zusammenhang sind die Grundsätze „Guter Stiftungspraxis“ des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen vom August 2010 sowie die 20 Prinzipien guter Stiftungspraxis der Volkswagen Stiftung hilfreich und anzuwenden. Zu wichtigen Grundsätzen „Guter Stiftungspraxis“ gehören das Transparenzgebot und die wirkungsvolle Organisation der Stiftungsverwaltung.

Durch das Gesetz über die „Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz“ vom 16.12.2004 ist eine Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. In dieser Stiftung gehen der Braunschweigische Vereinigte Kloster- und Studienfonds und die Braunschweig Stiftung auf. Dieses Gesetz muss vor dem Hintergrund der Auflösung der Bezirksregierungen durch die Landesregierung und der Neuordnung der Kulturförderung betrachtet werden. Seitdem sind die Landschaften und Landschaftsverbände sowie die Region Hannover als regionale Kulturträger für die regionale Kulturförderung aus Landesmitteln zuständig.

Es ist zu prüfen, ob die Verwaltung der Stiftungen durch eine Behörde angesichts moderner demokratischer Erfordernisse geleistet werden kann.

Stefan Schostok
Fraktionsvorsitzender